

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Postämtern 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Vorbestellung 2,- Mark. Einzelnummern 15 Pfoten. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.



Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau u. a.

Nr. 118 - 83. Jahrgang. Tel.-Nr. 1 „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2810 Mittwoch 21. Mai 1924

Unternehmer und Bergarbeiter

Von sachverständiger Seite wird geschrieben:
Es hat Überraschung hervorgeufen, daß die Bergarbeiter den von den Unparteiischen gefällten Schiedsspruch in einer so schroffen Form abgelehnt haben, und daß diese Abgabe auf Seiten des Christlichen Bergarbeiterverbandes kaum weniger heftig ist als beim Alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverband. Es ist dabei nicht einmal bis zu einer Urabstimmung in den Betrieben gekommen, sondern bereits die Vertretungen beider Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab; eine Abstimmung der Bergarbeiter selbst wird also nicht mehr stattfinden. Begründet wurde das mit der Erklärung, daß man zwar zur Mehrarbeit grundsätzlich bereit sei, daß diese Mehrarbeit aber, wie das früher geschehen ist, besonders bezahlt, als „Überstunden“ behandelt wird. Beide Bergarbeiterverbände nehmen zwar den Mantel der Unparteiischen an, aber nicht die Verlängerung der Arbeitszeit ohne besondere Bezahlung. Die Unternehmerschaft erklärte ihre Zustimmung zum Schiedsspruch.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter geht so weit, die Unternehmer aufzufordern, die Ausbeutung ihrer Arbeiter anzuhängen und die Betriebe zu öffnen. Man will für diesen Zweck auch die Regierung zum Eingreifen veranlassen. Bei der nervösen Spannung, die im Ruhrkohlengebiet herrscht, ist nun ohne Weiteres damit zu rechnen, daß von radikaler Seite die Löcher der Betriebe zu Demonstrationen kommt. Bereits sind an mehreren Stellen die Kohlenarbeiter verhindert worden; der Kampf wird also mit steigender Erbitterung geführt.
Wo soll das nun hinführen! Seit etwa zehn Tagen ruht der Kohlenbergbau im Westen völlig; in Oberschlesien zum großen Teil, und das sächsische Steinkohlenrevier hat sich gleichfalls angeschlossen. Das bedeutet alles einen Ausfall in der Kohlenförderung, der sobald nicht wieder einzuholen sein wird, vor allem deswegen nicht, weil im besetzten Gebiet zunächst einmal den Alliierten die Riesenmengen der Lieferungsstoffe ausgehändigt werden müssen. Diese Notwendigkeit hätte überhaupt im Schiedsspruch aufs stärkste in der Vordergrund gedrückt werden müssen, besonders bei der Frage der Mehrarbeit. Im Schiedsspruch wird die einstündige bzw. zweistündige Mehrarbeit bis zum 31. März festgelegt und gar nichts darüber gesagt, daß sie erzwungen ist durch die Bedingungen der Ricum-Verträge. Und daß sie angelegt werden muß zur Tragung dieser Lasten. Die Unternehmerschaft berechnet, daß ihr die Kohle pro Tonne über 28 Mark Selbstkosten verursache, während der durchschnittliche Verkaufspreis nur rund 22 Mark beträgt. Das wäre also ein Verlust von 6 Mark pro Tonne. Die Kalkulation der Bergwerksbesitzer ist von den Arbeitnehmern in einzelnen Punkten angefochten worden; aber auch die Arbeiter geben zu, daß die Gestehungskosten über dem deutschen Kohlenpreis liegen. Deshalb erklären die Unternehmer, sich nicht auf eine Lohnpolitik der alten Überstunden einlassen zu können, weil ihnen dann die Kohle zwar produziert, aber noch teurer werden würde, als die während der eigenartigen Sachlage gefördert.

Nein privatwirtschaftlich gesehen, bedeutet für den Unternehmer jeder Streiktag ein Gewinn. Außerdem ist auch ihre Situation insofern eine ziemlich feste, als zwar sie die beiden Schiedssprüche, nämlich den früheren in die Hände gegeben hat und den jetzt veröffentlichten, anerkannt hat. Die Arbeitererschaft aber diese beiden Schiedssprüche abgelehnt hat. Die Regierung wird also zunächst sich darüber schlüssig werden müssen, ob sie auch den Streik für allgemein verbindlich erklären will. Ihn durchzuführen, ist gegen eine streikende Arbeiterschaft eine Unmöglichkeit. Zweifellos werden aber trotzdem neue Verhandlungen eingeleitet werden, während die Ausbeutung der gegen die Schiedssprüche opponierenden Arbeiter fortanert, die Kohlenproduktion tatsächlich gleich Null ist. Man möchte von Regierungssseite zunächst noch einmal versuchen, den Grundgedanken nicht besonders begabter Mehrarbeit dadurch durchzusetzen, daß der Erlös dieser Mehrarbeit ausschließlich für die Ricum-Vertragslieferungen eingesetzt, vor allem, daß diese Mehrarbeit aber nicht bis zum 31. März, sondern zunächst einmal nur für die Dauer der Geltung dieser Verträge einzuführen ist. Die Klassen der Gewerkschaften sind leer, und an zahlreichen Orten ist man schon zu einer Verpflegung der Streikenden und ihrer Familien aus öffentlichen Mitteln übergegangen. Das ist natürlich auch auf kurze Frist nicht haltbar. Ob die Arbeiter den Kampf also lange auszuhalten werden, ist sehr fraglich. Aber, daß wie jeder Sieg im wirtschaftlichen Leben, würde sich auch hier der Sieg für die Unternehmerschaft wahrscheinlich ein Verbängnis. Hoffentlich findet sich doch recht bald ein Mittelweg, auf dem eine friedliche Lösung möglich ist.

Um die Arbeitszeit im Bergbau.
Berlin, 19. Mai. Wie die Erklärung der Bergarbeiterverbände erneut ergibt, ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen

Das Gutachten Grundlage der englischen Politik.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 20. Mai. Corwin schreibt im „Observer“: Der Sachverständigenbericht allein müsse die Grundlage der britischen Politik sein. Für Frankreich habe dieser Grundgedanke den überlegenen Vorteil, daß die gesamte Stärke Englands, wenn er angenommen würde, zur Erzwingung der Bedingungen für den Fall eines Zerfalls eingesetzt werden würde. Es würde verhängnisvoll für alle Hoffnungen Deutschlands sein, wenn sich die deutschen Rechtsparteien irgendwelchen Täuschungen darüber hingäben.

Der Feindbund verlangt Aufklärung.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 20. Mai. Wie gemeldet wird, haben die alliierten Volschaffer bei der Reichsregierung einen Schritt unternommen, um über die Behandlung des Sachverständigenberichts durch eine neue deutsche Regierung Aufklärung zu verlangen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Deutschland über die Sachverständigenberichte hätten ernste Besorgnisse in Kreisen der alliierten Regierungen hervorgerufen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die einmal ausgesprochene Annahme des Sachverständigenberichts aufrechterhalten bleiben müsse, da sonst die alliierten Regierungen nicht in der Lage seien, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. Vielmehr wäre man gezwungen, die in den Organisationsausschüssen eingeleiteten Vorarbeiten wieder einzustellen und Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die eine anderweitige Sicherstellung der Reparationsforderungen an Deutschland ins Auge faßen.

Ränkespiel um Rhein und Ruhr.
Genf, 20. Mai. Wie die „Humanité“ meldet, haben die Vereinigten Sozialisten die Anfrage der kommunistischen Fraktion nach Unterstützung der kommunistischen Forderung betreffend Räumung der Ruhr ausweichend beantwortet. Die „Humanité“ glaubt, daß die französischen Sozialisten, wenn sie unter Herriot-Briand die Staatsleitung übernehmen, ebensowenig sich an ihre bisherigen Versprechungen halten werden, wie es in England MacDonald hinsichtlich seiner Wahlzugen betreffend Ruhr und Rhein getan hat.

Die Begegnung in Mailand.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Mailand, 20. Mai. Bei der zweiten Besprechung, die zwischen Rhein, Gmans und Mussolini in der Pfalz stattfand, wurde der Wortlaut des folgenden amtlichen Verlaufs festgesetzt: Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident stellen fest, daß die Reparationsfrage weiterhin eine ernste Quelle politischer Besorgnisse und wirtschaftlicher Krisen bleibt. Sie halten ihre unverzügliche Lösung durch Ausführung des Sachverständigenberichts für notwendig, das die Grundlage für eine Verständigung darstellt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung loyal die notwendigen Maßnahmen trifft und ausführt. Die Minister beschäftigen sich mit der Frage, die sich aus einer abschließlichen Verzögerung Deutschlands ergeben würde. Eine interalliierte Verständigung über diesen Punkt erschien ihnen möglich. Sie waren gleichermäßen der Ansicht, daß, sobald der Gedankenaustausch zwischen den alliierten Regierungen genügend fortgeschritten sei, die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert sei, um die so vorbereitete Verständigung zu vollenden. Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um unverzüglich zu einer Verwirklichung des

den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im künftigen Augenblick rechtens ist, in dem die bisherigen Vereinbarungen abgefaßen sind und die Arbeitnehmerschichten den Schiedsspruch vom 16. Mai abgelehnt haben. Der Reichsarbeitsminister ist deshalb heute an die Vorsitzenden des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrates mit der Bitte herangetreten, sofort unparteiische, arbeitserleichternde Urteile zu bezeugen, die geboten werden sollen, über die genannte Rechtsfrage nach Anhörung des Standpunktes beider Parteien in kürzester Frist ein Gutachten zu erstatten.

Drohende Stilllegung des Bochumer Vereins.
Bochum, 19. Mai. Die Streiklage hat sich ungemein verschärft, auf sämtlichen Hütten im Bochumer Revier ruht die Arbeit vollständig. Besonders kritisch ist die Lage auf dem Bochumer Verein. Die streikenden Bergarbeiter wollen es verhindern, daß für den Bochumer Verein von den benachbarten Hütten Kohlen abgeliefert werden. Die Direktion des Vereines wird am Dienstag früh darüber Bescheid lassen, ob der Bochumer Verein stillgelegt werden soll oder nicht.

Abwanderung aus Polnisch-Oberschlesien.
Königsbrunn, 19. Mai. Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. In der letzten Sitzung des Betriebsrates der Königsbrunnler Hütte wird die Direktion erklärt, daß das Werk binnen vier Wochen wegen Mangels an Aufträgen und an Abfall vollständig stillgelegt werden muß, und daß weitere umfangreiche Kündigungen zum 1. Juni bevorstehen. Auf der nur noch zum Teil arbeitenden Laurahütte wurden jetzt auch sämtliche Beamten einschließlich der Direktoren die Kündigungen zugestellt. Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen haben eine ungeheure Abwanderung zur Folge. Nach einer Mitteilung der Abwanderungsstelle Anstow sind in der Zeit vom 15. April bis 15. Mai nicht weniger als 6000 Arbeiter ausgewandert, und zwar hauptsächlich nach Frankreich, Belgien und Südamerika.

Dollar oder Pfund.

London, 20. Mai. Zum Bericht der beratenden Körperschaft des amerikanischen Federal-Reserve-Board, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die im Dawesbericht vorgeschlagene neue deutsche Emissionsbank den Goldstandard und nicht den Sterlingstandard annehmen solle, schreiben die Times, es sei zweifelhaft, ob der Goldstandard für Deutschland oder irgendeine andere europäische Nation der geeignete Standard zur sofortigen Annahme sei.

Landesverratsanklage gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“.

Leipzig, 20. Mai. In den Büroräumen der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wurde gestern nachmittag durch Beamte der Oberreichsanwaltschaft Hausdurchsuchung vorgenommen. Wie das Blatt schreibt, hat die Oberreichsanwaltschaft Klage auf Landesverrat wegen eines Artikels in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom 30. April 24: Die Reichswehr bildet Faschisten aus“ erhoben.

Das außenpolitische Programm der Mittelparteien.

Berlin, 20. Mai. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus parlamentarischen Kreisen hört, ist das außenpolitische Programm, das die Führer der Mittelparteien zum Zwecke der bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen über die Koalitionsbildung ausarbeiten wollten, im wesentlichen fertiggestellt. Es schließt sich eng an die Richtlinien an, nach denen die Reichsregierung die Verhandlungen mit den Entente-Regierungen über die Realisierung der Sachverständigenberichte zu führen gedenkt.

Wirtschaftskrise in Ostoberschlesien.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Königsbrunn, 20. Mai. Die Wirtschaftskrise in Ostoberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. In der letzten Sitzung des Betriebsrates der Königsbrunnler Hütte wird die Direktion erklärt, daß das Werk binnen 4 Wochen wegen Mangel an Aufträgen und an Abfall vollständig stillgelegt werden müsse und daß umfangreiche Kündigungen schon zum 1. Juni bevorstehen. Auf der nur noch zum Teil arbeitenden Laurahütte wurde jetzt auch sämtliche Beamten einschließlich der Direktoren die Kündigung zugestellt.

Ausbreitung der Schlafkrankheit in England.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 20. Mai. Die Schlafkrankheit macht in Großbritannien erhebliche Fortschritte. In den letzten beiden Wochen ereigneten sich in Birmingham 13 Fälle, davon verliefen 5 tödlich. In Sheffield zählte man 22 Fälle, davon verliefen 5 tödlich. Laut „Daily Mail“ werden weitere 217 Fälle gemeldet, von denen 27 tödlichen Verlauf nahmen. Auch aus Nord-Irland werden Todesfälle gemeldet. Es wird in dem wissenschaftlichen Laboratorien lebhaft an der Auffindung des Erregers der Schlafkrankheit gearbeitet.

Graf Westarps Erklärung.

Sachverständigengutachten und Regierungsbildung.
Der deutschnationale Führer Graf Westarp veröffentlicht eine programmatische Erklärung, in der die Stellung seiner Partei zum Sachverständigengutachten und zur Regierungsbildung nochmals umrissen wird. Graf Westarp führt aus:
Die Deutschnationalen stehen in bewußtem und entschlossenem Gegensatz zu dem Plan, das Gutachten zunächst einmal als ein unteilbares Ganzes anzunehmen, um dann nach der Annahme den Versuch zu machen, einzelnes bei der Durchführung zu bessern und über die von den Sachverständigen nicht behandelten politischen und Ehrenfragen unabhängig von der Annahme des Gutachtens gesondert zu verhandeln. Als Träger des Planes unveränderter und bedingungsloser Annahme sieht die Sozialdemokratie im Vordergrund. Die Deutschnationalen lehnen diese Politik ab. Bereit, in Verhandlungen über das Gutachten einzutreten, sind sie entschlossen, bei Abschluß der Verhandlungen seine endgültige Annahme von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen, die sich sowohl auf die von den Sachverständigen behandelte politischen und Ehrenforderungen, wie auf Änderungen der Vorschläge selbst beziehen.
Die nächste Woche wird voraussichtlich Verhandlungen der Parteien selbst erbringen, in denen sich entscheiden wird, ob für die deutschnationale Politik eine Regierung gebildet werden kann, oder ob die Deutsch-